



Herr Bundesrat  
Moritz Leuenberger  
Vorsteher des UVEK  
Bundeshaus Nord  
3003 Bern

Urtenen-Schönbühl, 26. Juni 2008  
kö

## **Totalrevision Postgesetz und Postorganisationsgesetz** Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 18. März 2008 haben Sie den Schweizerischen Gemeindeverband eingeladen, zur Totalrevision des Postgesetzes und des Postorganisationsgesetzes Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zu dieser wichtigen Vorlage äussern zu können.

Aus Sicht der vom Schweizerischen Gemeindeverband vertretenen Gemeinden ist das zentrale Anliegen die Beibehaltung einer flächendeckenden, quantitativ und qualitativ einwandfreien Grundversorgung durch die Post. Für kleinere Gemeinden und für Gemeinden in den ländlichen Gebieten und im Berggebiet und insbesondere auch für kleinere Tourismusorte ist eine funktionierende, im Vergleich zu grösseren Gemeinden und Städten gleichwertige Grundversorgung mit Postdienstleistungen und Postinfrastruktur im immer härter werdenden Standortwettbewerb ein wichtiger Faktor. Die heute teilweise weit über die gesetzlichen Mindestvorgaben hinausgehende Versorgung ist das Ergebnis des bisherigen, auch vom Schweizerischen Gemeindeverband befürworteten und aktiv begleiteten Reformprozesses der Post. Mit der nun beabsichtigten vollständigen Öffnung des Postmarktes soll eine neue Entwicklung eingeleitet werden, deren Auswirkungen mit Unsicherheiten und insbesondere mit der grossen Gefahr verbunden ist, dass die bisherige Qualität der Grundversorgung selbst bei einer allfälligen Subventionierung durch Steuergelder nicht mehr gewährleistet wäre.

Die Gewährleistung eines Service Public für alle Bevölkerungsschichten und Regionen unseres Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen ist auch im Bereich der Post grundsätzlich eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Wahrnehmung dieser Aufgabe liegt nicht zuletzt der Gedanke der Solidarität zwischen reicheren und ärmeren Regionen und Gemeinden unseres Landes zugrunde. Dieser Grundwert darf nicht durch marktwirtschaftliche Überlegungen ausgehöhlt werden.

Aufgrund vorstehender Überlegungen ist der Schweizerische Gemeindeverband gegen eine weitergehende Öffnung des Postmarktes und folglich auch gegen eine Umwandlung der Post von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine spezialrechtliche Aktiengesellschaft. Der Verband verlangt, dass für alle Bevölkerungsschichten und Regionen sowohl Strukturen wie auch Postdienstleistungen nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und Quantität und zu angemessenen Preisen sichergestellt werden.

Sollte die Vernehmlassungsvorlage entgegen der ablehnenden Empfehlung des Schweizerischen Gemeindeverbandes weiter bearbeitet werden, erwartet der Verband, dass eine flächendeckende quantitativ und qualitativ gute Grundversorgung und deren Finanzierung weiterhin sichergestellt sind. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeinden bei der konkreten Ausgestaltung auf allen föderalistischen Stufen sind gesetzlich zu verankern.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen sowie für die uns freundlicherweise zugestandene Fristverlängerung.

Mit freundlichen Grüßen

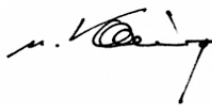
SCHWEIZERISCHER GEMEINDEVERBAND

Der Präsident:



Dr. Ulrich Isch

Der Direktor:



Ulrich König

*Kopie zK:*

- Schweizerischer Städteverband, Bern
- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Bern